

Braunes „Heldengedenken“

Rechtsextremisten instrumentalisieren den Volkstrauertag zur Glorifizierung von Wehrmacht und SS-Verbänden.

Unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten“ rufen die „Freien Nationalisten München“ zu einem „zentralen Heldengedenkmarsch“ der „Freien Kräfte aus Bayern“ am 15. November in der Innenstadt von München auf. Als Redner des „Trommelmarsches mit Gedenkkranz“ sind die NPDler Karl Richter (Stadtrat der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“; BIA) und Roland Wuttke (BIA), Julian Engels („Aktionsgruppe Essen“) sowie Philipp Hasselbach und Mike Nwaiser von den „Freien Nationalisten München“ angekündigt. Zur Mobilisierung für die Veranstaltung haben die Neonazis eigene eine Homepage namens „heldengedenken-muenchen“ erstellt, die Domain hält Hasselbach. Hasselbach ist unter anderem wegen Volksverhetzung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt.

Der Volkstrauertag, zur NS-Zeit „Heldengedenktag“ genannt, ist für die extreme Rechte ein besonderes Datum. Der Gedenktag wird missbraucht, um das NS-Regime im revisionistischen Sinne von der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu entlasten und die Wehrmacht zu glorifizieren. Gedacht wird an diesem Tag, so heißt es in der Waffen-SS-treuen Zeitschrift „Der Freiwillige“, „unseren gefallenen Soldaten und den durch die völkerrechtswidrige Vertreibung vor und nach 1945 und den durch alliierten Bombenterror ums Leben gekommenen Zivilisten in der Heimat“. Rechtsextremisten begehen diesen Tag mit öffentlichen Gedenkfeiern oder szenetypischen Veranstaltungen und Kranzniederlegungen. So wird beispielsweise auf (Soldaten-)Friedhöfen, Ehrenmalen von Wehrmachts-Divisionen, so genannten Kriegerdenkmalen oder Gedenksteinen aufmarschiert. Im Schein von Fackeln werden Gedichte vorgetragen, Lieder wie „Ich hatt' einen Kameraden“ oder „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu“ geschmettert sowie das Deutschlandlied in allen Strophen gegrölt.

Der Volkstrauertag wird in der Bundesrepublik Deutschland seit 1952 als nationaler Trauertag begangen, um der Opfer beider Weltkriege und des Nationalsozialismus zu gedenken. In der Weimarer Republik gab es erstmals 1926 einen Volkstrauertag für die Toten des Ersten Weltkrieges. 1934 wurde der Volkstrauertag von den Nationalsozialisten in „Heldengedenktag“ umbenannt und zum offiziellen Staatsfeiertag erklärt. Gedacht wurde von nun an auch den beim Hitler-Putschversuch am 9. November 1923 umgekommenen Nationalsozialisten. Ab 1939 wurde an getrennten Tagen der Toten beider Weltkriege und den „Gefallenen der Bewegung“ gedacht.

Im vergangenen Jahr versammelten sich anlässlich des Volkstrauertages rund 200 Rechtsextremisten am 17. November in Berlin. Die NPD hatte zu einer Gedenkkundgebung aufgerufen. In seinem „Aufruf“ an die „deutschen Landsleute“ attackierte der frühere Berliner NPD-Landesvorsitzende Eckart Bräuninger die „bundesrepublikanische Gedenkkultur“, die den Schluss zulasse, „dass deutsche Gefallene zu Toten unterster Klasse degradiert werden sollen.“ Bräuninger: „Wenn unserem Volk in steigender Zahl die Stätten zum ehrenden Gedenken der eigenen Kriegstoten genommen werden, sind alle nationalen Deutschen gefordert, dieses Gedenken öffentlich zu vollziehen.“ In Hausneindorf in Sachsen-Anhalt richtete die NPD am gleichen Tag eine Versammlung unter dem Motto „Erinnern-Gedenken-Ehren! Auch heute in der alten Festung Harz“ aus. 70 Rechtsextremisten waren vor Ort. Am

Anschluss an die Veranstaltung nahmen rund 50 Personen an einem Vortrag des rechtsextremen Historikers Olaf Rose zum Thema „Über Galgen wächst kein Gras“ in Heimburg teil. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge agitierte Rose dabei gegen die Justiz der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Am 18. November 2007 hatten sich rund 140 Rechtsextremisten zum „Totengedenken zum Volkstrauertag“ im thüringischen Friedrichroda versammelt. Veranstalter war der NPD-Kreisverband Gotha. Stolz verkündete die NPD nach der Veranstaltung, dass diese bereits zum fünften Mal in Friedrichroda „störungsfrei und in einem angemessenen Ambiente“ stattfinden konnte. Ungehindert zog der NPD-Tross durch die „gesamte Innenstadt“, um dann am Denkmal für die gefallenen Soldaten des Ersten und Zweiten Weltkrieges den Reden des Gothaer NPD-Kreisvorsitzenden Sebastian Reiche, des thüringischen NPD-Landesgeschäftsführers Patrick Wieschke und des ehemaligen NS-Jagdfliegers Reinhold Leidenfrost zu lauschen. Ebenfalls am 18. November fand vor dem Kriegerdenkmal in Klötze (Sachsen-Anhalt) eine von den „Freien Nationalisten Altmark-West“ organisierte Kranzniederlegung mit rund 80 Rechtsextremisten statt.

Zentrale Bedeutung für die braune Szene hatte bis 2007 der Aufmarsch zum „Heldengedenken“ im brandenburgischen Halbe. Mehr als 23 000 Kriegstote haben dort ihre letzte Ruhestätte. Der Ort ist für Neonazis von großem symbolischem Wert. Die Inszenierung eines Totenkultes um die Gefallenen auf dem Gelände der letzten großen Kesselschlacht des Zweiten Weltkriegs sollte dazu dienen, den Kampf der im Frühjahr 1945 noch verbliebenen Wehrmachts- und SS-Verbände zu verklären. Selbst der Untergang des NS-Regimes wurde von den Neonazis heroisiert und mythisch überhöht. Am 3. März 2007 fand in Halbe zum wohl vorerst letzten Mal ein „Heldengedenken“ unter dem Motto „Die Treue ist das Mark der Ehre“ statt. Etwa 500 Teilnehmer/innen hatten sich dazu eingefunden. Redner waren neben Christian Worch unter anderem der NPD-Bundesvorstandler Sascha Roßmüller und der Vorsitzende der Schweriner NPD-Landtagsfraktion Udo Pastörs. Die für den 17. November 2007 von Lars Jacob (Rostock) angemeldete Versammlung in Halbe unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten und den europäischen Freiwilligen“ wurde einen Monat vorher nicht zuletzt wegen der restriktiven Vorgaben durch das brandenburgische Gräberstätten-Versammlungsgesetz abgesagt. So dürfen Neonazis auf dem Friedhof in Halbe keine Kränze mehr niederlegen. Mit ihrem Rückzug aus Halbe, so der Landesverfassungsschutz, „kaschieren die Neonazis ihre Niederlage“.

Anton Maegerle